

Umweltrecht

Kahl / Gärditz

14. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-83573-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Kahl/Gärditz
Umweltrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Umweltrecht

Ein Studienbuch

von

Dr. Dr. h. c. Wolfgang Kahl, M. A.

o. Professor an der Universität Heidelberg

und

Dr. Klaus Ferdinand Gärditz

o. Professor an der Universität Bonn

14., vollständig neu bearbeitete Auflage 2025
des von Prof. Dr. Dr. h. c. Reiner Schmidt begründeten Lehrbuchs

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Kahl/Gärditz UmweltR § 1 Rn. 1

beck.de **beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 83573 5

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 83574 2

ISBN E-Book (ePUB) 978 3 406 84460 7

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

produksicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Am 1. August 2025 verstarb Prof. Dr. Dr. h.c. Reiner Schmidt, der dieses Werk (damals unter dem Titel „Einführung in das Umweltrecht“) 1987 ins Leben gerufen hat und an ihm bis zur 10. Auflage als (Ko-)Autor beteiligt war. Ihm ist die 14. Auflage in fortwährender Dankbarkeit und Verbundenheit gewidmet in Anerkennung seiner Verdienste als einem der Pioniere der deutschen Umweltrechtswissenschaft.

Die vorliegende Neuauflage berücksichtigt die zahlreichen neuen Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum seit dem Redaktionsschluss für die Voraufgabe (April 2023). Insbesondere sei auf das Klimaschutz- und Umweltenergie-recht verwiesen, das weiterhin im Zentrum von Rechtsetzung und Rechtsprechung steht. Doch auch in anderen Bereichen, wie etwa dem Immissionsschutz- und dem Naturschutzrecht, waren wichtige, darunter auch sehr prüfungsrelevante rechtliche Änderungen einzuarbeiten, hat sich doch das Umweltrecht auch in den letzten zwei Jahren wiederum als eine grundsätzlich höchst dynamische Materie erwiesen.

Ziel des Buches ist die wissenschaftlich fundierte, in erster Linie Ausbildungszwecken in Studium und Rechtsreferendariat dienende Einführung in die Kerngebiete des Umweltrechts. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die Verzahnung der Darstellung mit den Grundlagen des Europa-, Verfassungs- und Verwaltungsrechts einschließlich des jeweiligen Prozessrechts. 26 in die Darstellung der Theorie integrierte „kleine“ Fälle dienen der Veranschaulichung der Probleme sowie der Einübung der Fall-lösungstechnik.

Zu unserer Freude haben Frau Jun.-Prof. *Dr. Jacqueline Lorenzen* (§ 6) und – neu seit dieser Auflage – Frau wiss. Mit. *Anna-Lena Siehr*, LL.M. (Brügge) (§ 10) als Koauto-rinnen mitgewirkt. Für ihre Unterstützung bei der Einpflegung neuer Gesetze, Rechtsprechung und Literatur danken wir Frau wiss. Mit. *Helena Martinez Krieger* (Einführung), Herrn cand. iur. *Janne Fromberg* (§ 2), Frau Ref. iur. *Amelie Ohler* (§ 3), Frau cand. iur. *Annalena Kohlmeier* (§ 4 I.–IV.), Frau wiss. Mit. *Sophia Effinger* (§ 7) und Frau cand. iur. *Sophie Purrer* (§ 9). Frau cand. iur. *Anna-Lena Menzel* hat sich umsichtig um die Verzeichnisse gekümmert.

Das Buch befindet sich auf dem Stand von Ende April 2025; spätere Entwicklungen konnten nur noch punktuell berücksichtigt werden.

Über Anregungen, Hinweise auf Fehler und Kritik freuen wir uns sehr (kahl@jurs.uni-heidelberg.de; gaerditz@jura.uni-bonn.de).

Heidelberg/Bonn, im August 2025

Wolfgang Kahl
Klaus Ferdinand Gärditz

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Fälle	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXIX

Einführung	1
-----------------------------	----------

Umweltrecht – Allgemeiner Teil

§ 1. Umweltvölkerrecht	11
I. Einleitung	11
1. Hintergrund	11
2. Entwicklung	11
3. Konferenz von Rio de Janeiro	12
4. „Rio-follow-up“-Prozess	14
II. Die Quellen des Umweltvölkerrechts	16
1. Völkervertragsrecht	16
2. Völkergewohnheitsrecht	18
a) Verbot erheblicher grenzüberschreitender Umweltschädigungen	18
b) Vernünftige Teilung gemeinsamer Ressourcennutzung	20
c) Sonstige völkergewohnheitsrechtliche Grundsätze	20
aa) Informations-, Warnpflicht und Konsultationspflicht	20
bb) Schadensvermeidungspflicht	21
cc) Vetorecht	21
dd) Recht zur ökologischen Intervention	21
3. Allgemeine Rechtsgrundsätze	22
4. Hilfsquellen	22
5. Soft law	23
III. Schutz des Einzelnen vor grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen	23
1. Völkerrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten	23
2. Rechtsstellung ausländischer Grenznachbarn im Verwaltungsverfahren und im Verwaltungsgerichtsprozess	24
§ 2. Umwelteuroparecht	25
I. Einleitung	25
1. Hintergrund	25
2. Entwicklung	27
II. Die Ziele, Prinzipien und Berücksichtigungsgebote	29
1. Ziele	29
2. Prinzipien	31
3. Berücksichtigungsgebote	36
III. Die Kompetenzen und Handlungsformen	37
1. Kompetenzen	37
a) Direkte Umweltschutzkompetenz	37

b) Indirekte Umweltschutzkompetenzen	40
2. Handlungsformen	41
IV. Die Abgrenzung der Kompetenzgrundlagen	42
1. Zulässigkeit	43
2. Begründetheit	44
a) Praktische Relevanz der Abgrenzung	44
b) Gemischt subjektiv-objektive Abgrenzungsmethode und Schwerpunkttheorie	45
3. Zusammenfassung und Ergebnis	48
V. Die nationale Schutzverstärkung	49
1. Zulässigkeit	49
2. Begründetheit	49
a) Vorüberlegungen	50
b) Formelle Rechtmäßigkeit	52
c) Materielle Rechtmäßigkeit	53
aa) Rechtfertigungsgrund	53
bb) Schutzverstärkung trotz Zustimmung bzw. Einstimmigkeit	53
cc) Neue wissenschaftliche Erkenntnisse	54
dd) Spezifisches Problem des Mitgliedstaates	54
ee) Nachträgliches Problem des Mitgliedstaates	55
ff) Verhältnismäßigkeit iWS	55
gg) Behinderung des Funktionierens des Binnenmarktes	56
hh) Keine willkürliche Diskriminierung	57
ii) Keine verschleierte Beschränkung des Handels	57
3. Ergebnis	57
VI. Die Umsetzung von Umweltschutzrichtlinien in nationales Recht	58
§ 3. Umweltverfassungsrecht	59
I. Das Staatsziel Umweltschutz	59
1. Entstehungsgeschichte	60
2. Rechtsnatur	61
3. Schutzgüter und Schutzperspektive	63
4. Schutzzumfang und -niveau	65
5. Adressaten	66
II. Der Grundrechtsschutz gegenüber Umwelteingriffen	68
1. Kein allgemeines Grundrecht auf Umweltschutz	68
2. Grundrechte als Abwehrrechte	69
3. Schutzpflichten aus Grundrechten	70
III. Zwischenergebnis: Die begrenzte Steuerungskraft des Umweltverfassungsrechts	77
IV. Die Schadensersatz- bzw. Entschädigungsansprüche	79
V. Die verfassungsrechtlichen Grenzen für den Umweltschutz	80
VI. Die Gesetzgebungskompetenzen im Umweltschutz	81
1. Überblick	82
2. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenzen	83
3. Abweichungsgesetzgebung	85
4. Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht	85
5. System der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen	86

6. Ergebnis (Fall 4)	86
VII. Die Verwaltungskompetenzen im Umweltschutz	87
§ 4. Strukturen, Prinzipien und Instrumente des Umweltrechts ...	88
I. Einleitung	88
II. Das Vorhaben eines Umweltgesetzbuchs	89
III. Der Begriff und Zweck des Umweltrechts	94
IV. Die Prinzipien des Umweltrechts	95
1. Vorsorgeprinzip	96
2. Verursacherprinzip	98
3. Kooperationsprinzip	101
4. Nachhaltigkeitsprinzip	102
5. Integrationsprinzip	106
V. Die Instrumente des Umweltrechts	107
1. Planungsinstrumente	107
a) Umweltschutz durch Fachplanung	108
b) Umweltschutz durch raumbezogene Gesamtplanung	113
aa) Raumordnung	114
bb) Bauleitplanung	116
2. Ordnungsrechtliche Instrumente	119
a) Eröffnungskontrollen	119
aa) Verbot mit Anzeigevorbehalt	119
bb) Präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	119
cc) Repressives Verbot mit Befreiungsvorbehalt	120
b) Überwachung und repressives Einschreiten der Verwaltung	120
aa) Auskunftsrechte und -pflichten	120
bb) Umweltpflichten	121
cc) Eingriffsbefugnisse	121
3. Umweltverträglichkeitsprüfung und Strategische Umweltprüfung ..	122
a) Allgemeines	122
b) Begriff und Rechtsnatur	124
c) Umweltverträglichkeitsprüfung	124
aa) Anwendungsbereich	124
bb) Verfahren	128
d) Probleme	130
e) Strategische Umweltprüfung	132
aa) Anwendungsbereich	133
bb) Verfahren	134
4. Indirekte bzw. „ökonomische“ Instrumente	136
a) Umweltabgaben	136
aa) Umweltsteuern	136
bb) Umweltgebühren und -beiträge	138
cc) Umweltsonderabgaben	139
b) Zertifikatehandel	141
c) Umweltsubventionen	142
d) Umweltschutz im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe	143
5. Informale Instrumente	144
6. Umwelthaftung	146

a)	Öffentliches und privates Umweltrecht	146
b)	Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs	146
aa)	Unterlassungsansprüche	146
bb)	Schadensersatzansprüche	147
cc)	Privatrechtsgestaltende Wirkung	148
c)	Umwelthaftungsgesetz	148
d)	Umweltschadensgesetz	149
aa)	Anwendungsbereich	149
bb)	Begriff des Umweltschadens	150
cc)	Begrenzung des Anwendungsbereichs	151
dd)	Verantwortlichkeit	151
ee)	Pflichten des Verantwortlichen	152
7.	Strafrechtliche Haftung für Umweltverschmutzungen	153
VI.	Die Umweltinformation durch Behörden und Unternehmen	154
1.	Grundlagen der Informationsansprüche	155
a)	Funktionen eines freien Informationszugangs	155
b)	Verfassungsrechtliche Verankerung	156
c)	Anspruchsgrundlagen	156
aa)	Akteneinsichtsrechte und allgemeine Auskunftsansprüche	156
bb)	Informationsfreiheitsgesetz	157
cc)	Umweltinformationsgesetz	157
dd)	Verbraucherinformationsgesetz	158
2.	Anspruchsvoraussetzungen der Informationszugangsansprüche	159
a)	Anspruchsberechtigung	159
b)	Anspruchsverpflichtete	160
c)	Anspruchsgegenstände	161
d)	Ausnahmen	162
e)	Verfahren und Rechtsschutz	165
3.	Umweltaudit (EMAS)	167
a)	Allgemeines	167
b)	Verfahrensschritte	167
c)	Umwelterklärung	168
§ 5.	Umweltrechtsschutz	168
I.	Einleitung	168
1.	Hintergrund	168
2.	Entwicklung	169
3.	Rechtsgrundlagen	171
a)	Nationales Sonderverwaltungsprozessrecht	171
aa)	Klagearten	172
bb)	Katalog der erfassten Entscheidungen und Unterlassungen	172
b)	Völker- und Unionsrecht	175
II.	Der individuelle Umweltrechtsschutz	176
1.	Zulässigkeit	176
a)	Allgemeines	177
b)	Schutznormakzessorietät	178
c)	Rechtsschutz gegen Verfahrensfehler	180
d)	Völkerrechtliche Öffnung der Klagebefugnis?	182

e) Grenzüberschreitende Nachbarklagen	186
2. Begründetheit	187
a) Aufhebungsanspruch	187
aa) Materielle Rechtsverletzung	187
bb) Verfahrensrechtsverletzung	188
b) Kontrolldichte	192
c) Mehrstufige Verfahren	193
3. Einstweiliger Rechtsschutz	193
III. Der Rechtsschutz von Umweltverbänden	193
1. Allgemeines	194
2. Zulässigkeit	195
3. Begründetheit	196
IV. Der Umweltrechtsschutz von Gemeinden	200
V. Der Umweltrechtsschutz vor ordentlichen Gerichten	201

Besonderer Teil des Umweltrechts

§ 6. Klimaschutz- und Umweltenergierecht (Kahl/Gärditz/ Lorenzen)

I. Einleitung	202
1. Hintergrund	202
2. Begriffsfragen und systematische Einordnungen	203
a) Begriffe	203
aa) Klimaschutzrecht	203
bb) Umweltenergierecht	204
b) Klimaschutz und Umweltenergie als eigenständige (Teil-)Rechtsgebiete des Umweltrechts	204
3. Rechtsgrundlagen	204
a) Klimaschutzrecht	204
aa) Völkerrecht	204
bb) Unionsrecht	206
cc) Nationales Recht	208
(1) Verfassungsrecht	208
(2) Bundesrecht	210
(3) Landesrecht	213
(4) Kommunales Recht	214
b) Umweltenergierecht	215
aa) Völkerrecht	215
bb) Unionsrecht	215
cc) Nationales Recht	218
II. Die Instrumente des Klimaschutzrechts	220
1. Ordnungsrechtliche Instrumente	220
2. Emissionszertifikatehandel als ökonomisches Anreizinstrument	220
a) Grundlagen	220
b) Europäischer Emissionszertifikatehandel I	222
aa) Funktionsweise	222
(1) Emissionsgenehmigung und Emissionsberechtigungen ..	222
(2) Abgabe und Zuteilung der Zertifikate	223

bb) Rechtsschutz	224
c) Nationaler und europäischer Emissionszertifikatehandel II	225
aa) Funktionsweise des nationalen Emissionszertifikatehandels	225
bb) Rechtsschutz	226
cc) Überführung des nationalen Brennstoffemissionshandels in das EU-EHS II	226
d) Vereinbarkeit des EU-EHS mit Grundrechten	227
3. Planungsrechtliche Instrumente	228
a) Fachplanung	228
b) Raumplanung	228
c) Bauleitplanung und örtliche Landschaftsplanung	229
d) Klimaschutzplanung	230
e) Kommunale Wärmeplanung	232
4. Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Berücksichtigungsgebot	233
III. Die Instrumente des Umweltenergierechts	235
1. Förderung von Strom aus Erneuerbaren Energien	235
a) Ziele und Anwendungsbereich des EEG	235
b) Gesetzlicher Vorrang der Erneuerbaren Energien	236
c) Stärkung der lokalen Akzeptanz	236
d) Fördermechanismen	237
e) Beschleunigung des Ausbaus von Erneuerbaren-Energien-Anlagen	240
2. Ausbau der Windenergie an Land	241
3. Ausbau der Offshore-Windenergie	244
4. Ausbau von Photovoltaik-Anlagen	246
5. Förderung von Grünem Wasserstoff	247
6. Energieeinsparung und Energieeffizienz	249
7. Gebäudeenergie	250
a) Energetische Mindestanforderungen an Gebäude	251
b) Energieausweise	252
c) Finanzielle Förderung	252
8. Kraft-Wärme-Kopplung	253
9. Anschluss- und Benutzungszwang	254
IV. Der Netzausbau	255
1. Hintergrund	255
2. Netzausbau nach EnWG	256
a) Grundlagen	256
b) Beschleunigung des Netzausbaus	257
c) Wasserstoffnetze	259
3. Netzausbau nach NABEG	260
4. Exkurs: Aufbau einer LNG-Importinfrastruktur	261
V. Der Atomausstieg	262
VI. Der Kohleausstieg	263
1. Reduzierung und Beendigung der Steinkohleverstromung	264
2. Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung	265
3. Unions- und Verfassungsrechtskonformität	266
4. Ausblick	267
VII. Climate Change Litigation	267

1. Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche	268
2. Staatliche Schutzpflichten und intertemporale Freiheitssicherung . .	271
VIII. Perspektiven	278
§ 7. Immissionsschutzrecht	280
I. Einleitung	280
1. Hintergrund	280
2. Entwicklung	281
3. Rechtsgrundlagen	282
a) Völker- und Europarecht	282
b) Bundesrecht	284
c) Landesrecht	285
II. Die genehmigungsbedürftigen Anlagen	285
1. Genehmigungsbedürftigkeit	286
a) Systematische Unterscheidung genehmigungsbedürftiger und nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen	286
b) Genehmigungsbedürftigkeit einer Anlage	286
c) Störfallrechtliche Genehmigungspflicht nach der Seveso-III- Richtlinie	288
d) Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie	289
e) Rechtsfolgen eines Anlagenbetriebs ohne Genehmigung	289
2. Formelle Genehmigungsvoraussetzungen	289
a) Zuständigkeit	289
b) Genehmigungsverfahren	290
aa) Verfahrensart	290
bb) Förmliches Genehmigungsverfahren	291
(1) Einleitung des Verfahrens	291
(2) Behördenbeteiligung und -koordination	292
(3) Öffentlichkeitsbeteiligung	293
(4) Präklusion	295
(5) Entscheidung	295
cc) Vereinfachtes Genehmigungsverfahren	296
c) Ordnungsgemäße Form	297
d) Fehlerfolgen	297
3. Genehmigungsfähigkeit	298
a) Betreiberpflichten	298
aa) Schutzgrundsatz	299
bb) Vorsorgegrundsatz	302
cc) Abfallvermeidungsgrundsatz und Energieverwendungspflicht	303
dd) Nachsorgepflichten	304
b) Rechtsverordnungen	304
c) Vereinbarkeit mit anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften . .	305
4. Entscheidung der Immissionsschutzbehörde	305
a) Genehmigungstyp	305
b) Nebenbestimmungen	306
c) Konzentrationswirkung	306
d) Zulassung vorzeitigen Beginns	307
5. Erlöschen der Genehmigung	308

III. Die mehrstufigen Verwaltungsverfahren	308
1. Vorbescheid	309
a) Regelungsgehalt	309
b) Bindungswirkung	310
2. Teilgenehmigung	310
a) Rechtscharakter	310
b) Bindungswirkung	311
3. Rechtsschutz	311
a) Entgegenstehen des Vorbescheids	312
b) Entgegenstehen einer früheren Teilgenehmigung	312
IV. Die Entscheidungen nach Genehmigungserteilung	313
1. Nachträgliche Anordnungen	313
a) Rechtmäßigkeit nachträglicher Anordnungen	314
aa) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	314
bb) Drittschutz	315
b) Bestandsschutz	315
aa) Genehmigungsrecht	315
bb) Eigentumsrecht	316
2. Änderungsgenehmigung	317
3. Untersagung, Stilllegung und Widerruf	318
a) Untersagung	318
b) Stilllegung und Beseitigung	319
c) Widerruf	319
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	319
V. Die zivilrechtlichen Nachbaransprüche	320
VI. Die nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	320
1. Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen	321
a) Anlagenbegriff	321
b) Anlagenbezug	322
c) Betreiben	322
2. Anordnungen im Einzelfall	322
a) Betreiberpflichten	322
b) Rechtsverordnungen	323
c) Privilegierung von Kinderlärm	324
3. Betriebsuntersagung	325
4. Rechtsschutz	326
a) Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch	326
b) Anspruch gegen die Immissionsschutzbehörde auf Einschreiten	327
5. Verhältnis zu anderen Vorschriften	327
a) Anforderungen in anderen Gesetzen	327
b) Konkurrenz der Eingriffsnormen	328
VII. Die anlagenbezogene Überwachung	329
VIII. Der verkehrsbezogene Immissionsschutz	330
IX. Der gebietsbezogene Immissionsschutz	331
1. Gebietsbezogener Immissionsschutz und Umweltplanung	331
2. Luftreinhalteplanung	332
a) Luftreinhaltepläne	332
b) Pläne für kurzfristig zu ergreifende Maßnahmen	337

3. Lärmaktionsplanung	337
4. Rechtsschutz	338
a) Gerichtliche Durchsetzung der Planaufstellungs- und -fortschreibungspflicht	338
b) Gerichtliche Durchsetzung des Planvollzugs	341
c) Anspruch auf planunabhängige Maßnahmen	342
d) Rechtsschutz	342
§ 8. Gewässerschutzrecht	344
I. Einleitung	344
1. Hintergrund	344
2. Entwicklung	344
3. Rechtsgrundlagen	345
a) Völkerrecht	345
b) Europarecht	345
c) Bundes- und Landesrecht	348
d) Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten	349
II. Die Grundsätze und Strukturen des Wasserhaushaltsgesetzes	350
1. Sicherung und Bewirtschaftung der Gewässer	350
2. Allgemeine Sorgfaltspflicht	351
3. Öffentliche Wasserversorgung	351
4. Wassernutzung und Grundeigentum	352
III. Die wasserwirtschaftliche Benutzungsordnung	352
1. Materielle Anforderungen an die Gewässernutzung	353
a) Sachlicher Geltungsbereich des WHG	353
b) Gewässerbenutzungen	354
2. Materielle Anforderungen an die Gestattung	355
a) Gestattungspflicht	355
b) Art der Gestattung	355
c) Materielle Rechtmäßigkeit	357
aa) Versagungsgründe	357
(1) Schädliche Gewässerveränderungen	358
(2) Andere öffentlich-rechtliche Normen	358
(3) Verschlechterungsverbot	358
(4) Verbesserungsgebot	360
(5) Besondere Anforderungen an die Abwasserbehandlung	361
bb) Bewirtschaftungsermessen	363
cc) Drittschutz	364
3. Planfeststellungspflichtiger Gewässerausbau	365
a) Planrechtfertigung	366
b) Abwägungsgebot	367
c) Zwingende Rechtsvorschriften	368
aa) Abwägungsresistente Planungsleitsätze	368
bb) Besonderheiten beim Ausbau zur Wasserkraftnutzung	369
IV. Die Sonderprobleme des Frackings	371
1. Fracking als gestattungspflichtiger Benutzungstatbestand	371
2. Erprobungsmaßnahmen	372
V. Die Gewässeraufsicht	372

VI. Die Wasserschutzgebiete	374
1. Ermächtigungsgrundlage und Rechtsform	374
2. Materielle Rechtmäßigkeit von Wasserschutzgebietsverordnungen ..	376
a) Inhalt	376
b) Festsetzungszwecke	376
c) Voraussetzungen der Festsetzung	377
3. Ermessen	378
4. Vereinbarkeit mit Art. 14 GG	379
5. Entschädigung oder Billigkeitsausgleich	379
VII. Die wasserwirtschaftliche Planung	380
1. Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme	380
2. Überwachungs- und Maßnahmenprogramme zur Bewirtschaftung von Meeresgewässern	382
VIII. Die Gewässerunterhaltung	383
IX. Der Hochwasserschutz	383
§ 9. Bodenschutzrecht	386
I. Einleitung	386
1. Hintergrund	386
2. Entwicklung	386
3. Rechtsgrundlagen	387
a) Europarecht	387
b) Bundesrecht	388
c) Landesrecht	389
II. Der Zweck und Schutzgegenstand des Bundes-Bodenschutzgesetzes ..	389
III. Der Anwendungsbereich des Bundes-Bodenschutzgesetzes	390
1. Schädliche Bodenveränderungen und Altlasten	390
a) Schädliche Bodenveränderungen	390
b) Altlasten	391
2. Anwendungsausschluss	392
3. Subsidiarität	392
a) Abfallrecht	392
b) Immissionsschutzrecht	393
c) Wasserrecht	394
d) Umweltschadengesetz	394
IV. Die Pflichten nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz	394
1. Gefahrenabwehrpflichten	394
2. Sanierungspflicht	395
a) Inhalt	395
b) Sanierungsverantwortlichkeit	395
c) Mehrheit von Sanierungsverantwortlichen	397
d) Ausschluss der Sanierungsverantwortlichkeit	398
3. Vorsorgepflicht	398
4. Entsiegelungspflicht	399
V. Die Maßnahmen zur Sachverhaltsermittlung	399
VI. Die Ermächtigungsgrundlagen für sonstige Anordnungen im Einzelfall	400
VII. Die Kosten und der Wertausgleich	400
1. Kosten	400

a) Verhältnis Behörde-Verpflichteter	400
b) Innenverhältnis mehrerer Verpflichteter	401
2. Wertausgleich	402
VIII. Die ergänzenden Vorschriften für Altlasten	402
IX. Die Sanierungsanordnung	403
1. Anwendbarkeit des Bundes-Bodenschutzgesetzes	403
2. Sanierungsverantwortlichkeit	404
a) Kreis der Anordnungsadressaten	404
b) Grenzen der Haftung	404
aa) Verjährung	404
bb) Verwirkung	405
cc) Legalisierungswirkung behördlicher Gestattungen	405
dd) Behördliche Duldung	405
3. Ermessen	406
4. Verhältnismäßigkeit	406
5. Ergebnis	407
6. Abwandlung	408
a) Anwendbarkeit von § 4 III 1 Var. 2 BBodSchG	408
aa) Kein Verstoß gegen Rückwirkungsverbot	408
bb) Verstoß gegen Rückwirkungsverbot	408
b) Ergebnis	409
§ 10. Naturschutzrecht (Kahl/Gärditz/Siehr)	409
I. Einleitung	409
1. Hintergrund	409
2. Rechtsgrundlagen	411
a) Völker- und Europarecht	411
b) Nationales Recht	412
3. Entwicklung und aktuelle Diskussionen	414
II. Grundlagen des Naturschutzrechts	415
1. Ziele des Naturschutzes	415
2. Zielkonflikte, insbes. Landwirtschaft	416
3. Verwirklichung der Ziele und Rechtsdurchsetzung	417
4. Duldungspflichten, insbes. Recht auf Betreten	418
III. Die Landschaftsplanung	419
1. Funktion der Landschaftsplanung im System des Planungsrechts	419
2. Überörtliche Landschaftsplanung	421
a) Inhalt	421
b) Verbindlichkeit	421
c) Rechtsschutz	422
3. Örtliche Landschaftsplanung	423
a) Inhalt	423
b) Verbindlichkeit	424
c) Rechtsschutz	424
IV. Der allgemeine Gebietsschutz	424
1. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	424
a) Ziele	425
b) Verfahren und Zuständigkeit	425

c)	Tatbestand und Rechtsfolgen des Eingriffs	426
aa)	Eingriff	427
bb)	Pflicht zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen . .	428
cc)	Pflicht zur Kompensation durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen	429
(1)	Allgemeines	429
(2)	Ausgleichsmaßnahmen	430
(3)	Ersatzmaßnahmen	431
(4)	Verfahren und Rechtsschutz	432
dd)	Abwägung	432
(1)	Allgemeines	432
(2)	Abwägungsmängel und Rechtsschutz	433
ee)	Pflicht zur Kompensation durch Ersatzzahlungen	433
(1)	Allgemeines	433
(2)	Verfahren und Rechtsschutz	434
2.	Verhältnis zur Bauleitplanung	434
a)	Regelungsstruktur	435
b)	Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes in der Bauleitplanung	436
aa)	Eingriff	436
bb)	Vermeidungsgebot	437
cc)	Kompensationspflicht	437
(1)	Ausgleichsinstrumentarium	437
(2)	Zeitliche Anforderungen	438
(3)	Durchführung und Kostenerstattung	438
V.	Der besondere Gebietsschutz	438
1.	Systematik	438
2.	Geschützte Teile von Natur und Landschaft	439
a)	Unterschutzstellung	440
aa)	Allgemeines	440
bb)	Inhalt	440
cc)	Verfahren und Form	441
b)	Schutzgebiete und -objekte	442
aa)	Flächenschutz	442
(1)	Naturschutzgebiete	442
(2)	Nationalparke	443
(3)	Nationale Naturmonumente	443
(4)	Biosphärenreservate	443
(5)	Landschaftsschutzgebiete	443
(6)	Naturparke	444
bb)	Objektschutz	445
c)	Rechtsschutz	445
aa)	Schutz des Eigentums	446
(1)	Inhalts- und Schrankenbestimmung durch Naturschutzverordnung	446
(2)	Entschädigungsregelung	447
bb)	Berufsfreiheit	448
cc)	Kommunale Selbstverwaltungsgarantie	448

3. Gesetzlich geschützte Biotope	448
4. Europarechtliche Einflüsse	449
a) Europäisches Netz „Natura 2000“	449
aa) Unterschutzstellung	450
(1) FFH-Schutzgebiete	450
(2) Potenzielle FFH-Gebiete	451
(3) Vogelschutzgebiete	451
bb) Schutzregime	452
(1) Verschlechterungsverbot	452
(2) Verträglichkeitsgrundsatz	452
(a) Projektbegriff	453
(b) Vorprüfung	453
(c) Verträglichkeitsprüfung	454
(d) Ausnahmen	456
(3) Verhältnis zum Planungsrecht	457
cc) Rechtsschutz	458
b) Verordnung über die Wiederherstellung der Natur	459
aa) Wiederherstellungsziele	459
bb) Nationale Wiederherstellungspläne	460
cc) Bedeutung für den Naturschutz in Deutschland	461
VI. Der Artenschutz	462
1. Bedeutung und Regelungsstandort	462
2. Allgemeiner Artenschutz	463
3. Besonderer Artenschutz	464
a) Schutzregime	464
aa) Zugriffsverbote	464
bb) Besitz- und Vermarktungsverbote	465
b) Artenschutz und Eingriffsregelung	465
aa) Allgemeine Privilegierungen	465
bb) Sonderfall Windenergieanlagen	467
c) Artenschutz und Bauleitplanung	468
d) Behördlicher Untersuchungsrahmen und Rechtsschutz	469
4. Ausnahmen und Befreiungen	469
VII. Der Meeresnaturschutz	473
1. Allgemeines	473
2. Naturschutz im Bereich der Küstengewässer, der AWZ und des Festlandsockels	474
3. Naturschutz auf Hoher See	475
VIII. Die Mitwirkung und der Rechtsschutz von Naturschutzvereinigungen	476
1. Mitwirkungsrechte am Verwaltungsverfahren	476
a) Allgemeines	476
b) Voraussetzungen	476
c) Inhalt	477
d) Rechtsschutz	477
2. Naturschutzrechtliche Verbandsklage	478
a) Allgemeines	478
b) Voraussetzungen	478
c) Inhalt	479

§ 11. Kreislaufwirtschaftsrecht	479
I. Einleitung	479
1. Hintergrund	479
2. Entwicklung	479
a) Rechtslage bis 2012	479
b) Kreislaufwirtschaftsgesetz	480
3. Rechtsgrundlagen	480
a) Völker- und Europarecht	480
b) Nationales Abfallrecht	482
II. Grundstrukturen und Anwendungsbereich des KrWG	483
III. Der Begriff des Abfalls	485
1. Allgemeines	485
2. Tatbestandsvoraussetzungen des Abfallbegriffs	485
a) Stoffe und Gegenstände	486
b) Erfüllung eines Entledigungstatbestands	486
aa) Tatsächliche Entledigung	487
bb) Tatsächlicher Wille zur Entledigung	487
cc) Vermuteter Wille zur Entledigung	488
dd) Nebenprodukte	490
ee) Entledigungszwang	491
3. Beendigung der Abfalleigenschaft	492
IV. Die Pflichten der Abfallvermeidung und Abfallentsorgung	493
1. Abfallvermeidung	494
2. Arten der Abfallentsorgung	496
a) Abfallverwertung	496
b) Abfallbeseitigung	497
3. Abgrenzung von Verwertung und Beseitigung	498
a) Allgemeines	498
b) Energetische Verwertung und Beseitigung	499
c) Stoffliche Verwertung und Beseitigung	500
d) Einordnung von Abfallgemischen	500
4. Entsorgungshierarchie	501
a) Vorrang der Verwertung vor der Beseitigung	501
b) Verwertungshierarchie	502
V. Die Entsorgungsverantwortung	503
1. Grundsatz der Eigenentsorgung	503
2. Überlassungspflichten	504
a) Überlassungspflicht für Hausmüll	504
b) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen	505
c) Beauftragung Dritter	506
d) Regeln zum „Wie“ der Überlassung	507
3. Abfallverantwortliche	507
4. Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger	508
VI. Das Abfallverbringungsrecht	509
VII. Die Produktverantwortung	510
VIII. Die Zulassung und Stilllegung von Abfallentsorgungsanlagen	512
1. Zulassungsbedürftigkeit	512
2. Zulassung von Deponien	513

a) Anzuwendende Vorschriften	513
b) Zulassungsanforderungen	514
3. Zulassung von sonstigen Entsorgungsanlagen	515
a) Genehmigungsfähigkeit	515
b) Genehmigungsverfahren	516
c) Berücksichtigung städtebaulicher Belange	516
4. Stilllegung	518
a) Stilllegung	518
b) Nachsorgephase	519
IX. Die planerischen Instrumente: Abfallwirtschaftspläne und Abfallvermeidungsprogramme	519
Sachverzeichnis	521


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG